

**Politisches Wissen, Spezialisierung und Professionalisierung:
Träger und Foren städtischer „Außenpolitik“ während des späten Mittelalters
und der Frühen Neuzeit**

Internationaler Workshop des „Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrums
Mainz-Trier“ in Kooperation mit der Katholischen Akademie Trier,
organisiert von Christian Jörg (Trier) und Michael Jucker (Münster)
Trier, 8. bis 9. Dezember 2006

Städtischen Gesandtschaften kam während des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit als wesentlichen Trägern der politischen Außenbeziehungen des Rates auf dem Feld der „Außenpolitik“ elementare Bedeutung zu. Die durch das „Historisch-Kulturwissenschaftliche Forschungszentrum Mainz-Trier“ ausgerichtete und in enger Kooperation zwischen Wissenschaftlern aus Trier, Mainz und Münster organisierte Veranstaltung fragte nach spezifischen Charakteristika des städtischen Gesandtschaftswesens und nach Rekrutierungsmustern bei der Auswahl des mit diesen Missionen betrauten Personals während des Untersuchungszeitraumes. Vorrangiges Ziel der Veranstaltung war es hierbei, einen wissenschaftlichen Austausch hinsichtlich der Untersuchung von Rahmenbedingungen und Akteuren städtischer „Außenpolitik“ während des späten Mittelalters und der Frühen Neuzeit (13.-17. Jahrhundert) im Reichsgebiet zu ermöglichen. Vorgestellt wurden in Trier vor diesem Hintergrund aktuelle Forschungsprojekte und -ergebnisse zu diesem in der Forschung lange Zeit vernachlässigten Feld vormoderner Diplomatie, das von der Untersuchung des Gesandtschaftswesens der Königs- und Fürstenhöfe bis in die heutige Zeit überlagert wird.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch die Begrüßungsworte *Martin Przybilskis* als Vertreter des „Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrums Mainz-Trier“ und des „Trierer Zentrums für Mediävistik“ sowie *Katharina Zey-Wortmanns* für die Katholische Akademie Trier. Die Organisatoren des Workshops, *Christian Jörg* (Trier) und *Michael Jucker* (Münster), begrüßten ihrerseits die Gäste, gaben einen Einblick in die Veranstaltungsgenese und formulierten die zentralen Ziele der Tagung. In ihrem einleitenden Vortrag gaben Jörg und Jucker in der Folge eine breiter gefaßte Einführung in das Tagungsthema, in deren Zentrum die grundsätzlichen Voraussetzungen der städtischen „Außenpolitik“ während des späten Mittelalters und zu Beginn der Frühen Neuzeit (ca. 1250-1600) standen. Neben dem Forschungsstand und den Inhalten der zur Charakterisierung des Gesandtschaftswesens zur Diskussion gestellten zentralen Termini („politisches Wissen“, „Spezialisierung“ und „Professionalisierung“) wurden auch bereits unterschiedliche Foren und Ebenen städtischer Außenbeziehungen definiert. Diese reichten von den traditionell vor allem beachteten Hof- und Städtetagen bis hin zu den für diesen Bereich ebenfalls bedeutsamen informellen Kontakten und Netzwerken (verwandtschaftliche Beziehungen, wirtschaftliche Kontaktebenen) zwischen Mitgliedern der städtischen Führungsgruppen.

Mögliche weiterführende Fragestellungen und Forschungsperspektiven thematisierten die Organisatoren anhand jeweils eines detaillierter vorgestellten Fallbeispiels. Jucker fokussierte hierbei auf die Bedeutung des Geheimnisses und der Geheimhaltung für die städtische „Außenpolitik“ und betonte dabei sowohl das Wechselverhältnis zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit als auch die spezifischen Ausformungen im Umgang mit politischem Wissen durch dessen Träger. Jörg ging den Handlungsspielräumen städtischer

Gesandter in den Führungsgremien ihrer Heimatstädte und während ihrer Missionen nach. An einschlägigen Quellenbeispielen konnte er in diesem Zusammenhang aufzeigen, daß die in der Regel selbst den städtischen Führungsgruppen angehörenden Gesandten teilweise sogar einen erheblichen Einfluß auf die Formulierung der für ihre Missionen erstellten Instruktionen nehmen konnten und ihre Handlungsspielräume somit weit über jenen engbemessenen Rahmen hinausgingen, den die ältere Forschung angenommen hat.

Die erste, von *Alfred Haverkamp* (Trier) geleitete Sektion des Workshops widmete sich der Frage nach der Bedeutung städtischer Bünde für die Kommunikationsintensivierung zwischen den Städten sowie jener nach deren möglichen Auswirkungen für den Bereich der Außenbeziehungen und des Gesandtschaftswesens. In seinem Vortrag beschäftigte sich *Bernhard Kreutz* (Bremerhaven) mit der Kommunikation zwischen den mittelrheinischen Kathedralstädten Mainz, Worms und Speyer von der Mitte des 13. bis ins späte 14. Jahrhundert, von der Gründung des sogenannten Rheinischen Bundes bis in die Zeit des großen Rheinisch-Schwäbischen Städtebundes. Der Referent verwies in diesem Zusammenhang auf unterschiedliche Grade der Ausformung und Institutionalisierung von Bündnisbeziehungen für den genannten Zeitraum. Als problematisch für die überregionalen Bünde und deren Außenbeziehungen erwies sich nach Kreutz zumeist die mangelnde Ausstattung der Gesandten der einzelnen Mitglieder mit weitreichenden Vollmachten. Dies hatte seinen Hintergrund darin, daß die heimischen Räte den Verlust der Kontrolle über die Verhandlungen befürchteten. Als elementare Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der engen Beziehungen zwischen Mainz, Worms und Speyer dagegen konnte Kreutz das leistungsfähige Nachrichtenwesen der Städte benennen, auch wenn detailliertere Informationen über dessen Charakteristika erst seit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts in größerer Zahl aus den Quellen hervorgehen.

Am Beispiel des 1376 gegründeten Schwäbischen Städtebundes und des sogenannten süddeutschen Städtekrieges untersuchte *Stefanie Rütter* (Münster) Formen der „Institutionalisierung von Kommunikationsprozessen“ in städtischen Bündnissen. Zentrale Bedeutung maß die Referentin der Frage bei, inwiefern sich innerhalb der mit Konflikten einhergehenden Kommunikationsverdichtungen im Falle des Städtekrieges während des späten 14. Jahrhunderts Tendenzen zur Professionalisierung des reichsstädtischen Gesandtschafts- und Botenwesens fassen lassen. Als besonderes interessanter Untersuchungsgegenstand erschien ihr hierbei neben weiteren institutionalisierten Formen der Verhandlungsführung und Entscheidungsfindung die Einrichtung eines ständigen Leitungsgremiums in Ulm, das u.a. auch über die Zusammensetzung von gemeinsamen Gesandtschaften und deren Vollmachten befinden sollte; eine recht weitreichende und somit – wie bereits der Beitrag von Kreutz andeutete – durchaus problematische Kompetenz, welche die Handlungsspielräume der Mitgliedsstädte stark beschränkte. Die herausgehobene Position der Bundesversammlung und deren Zusammensetzung stellte einen bedeutenden Konfliktherd innerhalb des Bundes dar, wie Rütter etwa am Beispiel des Agierens Nürnbergs eindrucksvoll zeigen konnte. Welche Bedeutung die einzelnen Städte ihrer eigenständigen Vertretung durch Gesandte beimaßen, belegt dabei auch die den Statuten und dem Zweck der Einrichtung jenes Leitungsgremiums zuwiderlaufende Entsendung eigener Delegationen zu Hoftagen durch einzelne Bundesmitglieder. Rütter wertete diese Konflikte insgesamt als Beleg dafür, wie schwer das „Innen“ und „Außen“ städtischer Politik zu trennen sind, und deutete den das politische Handeln aller Akteure der oberdeutschen Lande prägenden Städtekrieg somit „in mehrfacher Hinsicht als einen Grenzfall städtischer Außenpolitik“.

Der die Sektion abschließende Vortrag von *Stephan Selzer* (Halle-Wittenberg) befaßte sich mit dem sogenannten Preußischen Bund und dessen Konflikten mit dem Deutschen Orden zur Mitte des 15. Jahrhunderts als einem Fall „nachholender Professionalisierung“. Die Auseinandersetzungen um die durch herrschaftliche Zugriffe und finanzielle Forderungen von Seiten des Ordens begünstigte Gründung des Bundes durch Städte und Adel im Jahre 1440 bemühte sich der Orden nämlich rasch, an die päpstliche Kurie und den Kaiserhof zu bringen und somit jenen regionalen Verhandlungsforen zu entziehen, in denen die Gesandten des Bundes bereits über umfangreichere Erfahrungen verfügten. Die daraufhin zu beobachtenden Versuche von dessen Vertretern, beispielsweise gelehrte Berater anzuwerben, juristische Gutachten zu beschaffen, Prozeßredner

anzustellen oder Sammlungen von (teilweise gefälschten) Privilegien anzulegen, wertete Selzer hierbei als Bestrebungen, sich auf einem für die Gesandten der Bundesstädte ungewohnten Aktionsfeld – der Kurie und dem Kaiserhof – „innerhalb kürzester Zeit juristisch und diplomatisch“ zu professionalisieren.

Die zweite, von *Jörg Rogge* (Mainz) moderierte Sektion des Workshops widmete sich verstärkt dem Gesandtschaftspersonal als Träger einer spezifisch städtischen „Außenpolitik“ während des späten Mittelalters. Besondere Relevanz wurde dabei dem Personenkreis innerhalb der Städte beigemessen, aus welchem sich die Gesandten rekrutierten. Damit in enger Verbindung ist die Frage nach den zentralen Kompetenzen und Handlungsspielräumen jener Personen zu sehen, die im Dienste der Stadt auf dem Gebiet der Außenbeziehungen tätig waren.

Eröffnet wurde die Sektion mit dem Beitrag von *Klara Hübner* (Bern), die sich am Beispiel der spätmittelalterlichen Eidgenossenschaft grundsätzlich mit der Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Läuferboten und städtischen Gesandten befaßte. Die von der älteren Forschung betonte klare Trennungslinie zwischen laufenden Boten und Gesandten des Rates hinterfragte Hübner trotz deutlich faßbarer Unterschiede bezüglich der sozialen Herkunft oder der Handlungsspielräume derselben mit Blick auf einzelne Funktionsbereiche, wie insbesondere im Falle der Übermittlung mündlich vorzutragender Nachrichten durch Boten. Daß auch der Personenkreis, auf den sich der Rat für die Übermittlung von Botschaften stützte, dabei wiederum äußerst differenziert zu betrachten ist, konnte die Referentin anhand zahlreicher Beispiele zu dessen Einsatzfeldern außerhalb sowie zu dessen Beziehungsnetzen innerhalb der Stadt belegen.

Mit den Aktivitäten städtischer Führungsgruppen auf dem Gebiet der städtischen „Außenpolitik“ beschäftigte sich *Bastian Walter* (Münster) am Beispiel der Berner Familie von Diesbach. Methodisch brachte er in den Beitrag den durch den französischen Soziologen Pierre Bourdieu erweiterten Kapitalbegriff ein. Den Aufstieg der aufgrund der erfolgreichen Handelstätigkeit zu Reichtum gelangten von Diesbach – deren herausragende Vertreter rasch dazu in der Lage waren, Beziehungen zum Königshof zu knüpfen und zu intensivieren sowie von königlicher Seite einen Wappen- und Adelsbrief zu erhalten – zu einer der auch in der Außenvertretung der Stadt bedeutsamsten Berner Familien zeichnete Walter detailliert nach, wobei er sich in der Folge insbesondere auf die Person des Nikolaus von Diesbach konzentrierte.

Den Spezialisierungstendenzen von Braunschweiger Gesandten ging *Katharina Neugebauer* (Mainz) mit zeitlichem Schwerpunkt auf der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts nach. Relevant waren vor diesem Hintergrund insbesondere die Beziehungsnetze Braunschweigs innerhalb der Hanse und des Bundes der sächsischen Städte. Gerade zu Beginn des 15. Jahrhunderts wurde der Braunschweiger Rat aber auch mit einigen Gesandtschaften zum Reichsoberhaupt, die der Wahrung der städtischen Privilegien dienen sollten, auch auf Reichsebene aktiv, wie Neugebauer etwa am Beispiel von Gesandtschaftsmissionen zu dem auf dem Konstanzer Konzil weilenden König Sigismund aufzeigen konnte. Innerhalb des relativ engen Kreises des städtischen Gesandtschaftspersonals dominierten Angehörige einflußreicher Führungsgruppen, die sich wiederum bevorzugt aus bestimmten Korporationen rekrutierten.

Die Sektion wurde durch den Vortrag von *Michael Rothmann* (Köln) zu den Frankfurter Gesandten zwischen Stadt und Hof beschlossen. Der Referent konzentrierte sich bei seinem Versuch einer Typologie der „diplomatischen Funktionselite“ auf die herausragenden Vertreter von drei „Generationen“ städtischer Gesandter der Reichsstadt am Main, die ihre reichspolitische Bedeutung nicht zuletzt ihren Funktionen als Ort der Königswahl und überregionales Nachrichtenzentrum verdankte. Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts dominierte Siegfried zum Paradies die Vertretung der Stadt in deren Außenbeziehungen. Eine ähnlich herausragende Position nahm in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts Walter Schwarzenberg ein, wobei Rothmann aus der Verdichtung der Kommunikation zwischen Rat und Gesandtem während dessen Missionen auf eine Einschränkung der Handlungsspielräume Schwarzenbergs gegenüber jenen eines Siegfrieds zum Paradies schloß. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts prägte mit Ludwig zum Paradies

ein Gesandter die „Außenpolitik“ Frankfurts, der in seiner Person die Zugehörigkeit zu den höchsten städtischen Führungsgruppen mit gelehrter juristischer Bildung verband. Generell zeichneten sich diese herausragenden Gesandten nicht zuletzt durch ihre exzellenten, weit über den städtischen Bereich hinausgehenden Beziehungen aus, die etwa auch enge Kontakte zum König und zu dessen Hof umfaßten.

Die dritte Sektion, die durch *Andreas Tacke* (Trier) geleitet wurde, fragte nach der Bedeutung gelehrter Bildung im Bereich des Gesandtschaftswesens des ausgehenden Mittelalters und der Frühen Neuzeit sowie nach der Wahrnehmung und Darstellung des städtischen Gesandten in den visuellen Medien jenes Zeitraums. In einem ersten Vortrag befaßte sich *Harm von Seggern* (Kiel) mit den auswärtigen Gesandten in den Nachlaßstreitigkeiten vor dem Lübecker Ratsgericht, wobei er sich auf die Auswertung des Niederstadtbuchs für die Jahre 1478-1495 konzentrierte. Den Hintergrund für diesen speziellen Fall gesandtschaftlicher Tätigkeit lieferte die teilweise problematische Auslösung des Nachlasses der in Lübeck verstorbenen Auswärtigen (insbesondere im Falle von im Fernhandel tätigen Personen), bei der beispielsweise zunächst Gläubiger abgefunden werden mußten. Die in drei Fällen nachweisbare Tätigkeit des Kölner Fernhändlers Johan vanme Meer als Vertreter von Kölnern in derartigen Angelegenheiten vor dem Lübecker Ratsgericht wertete von Seggern als Beleg dafür, daß dieser in Köln als Spezialist für solche Rechtsfragen betrachtet und aus diesem Grunde mit der Wahrung der Kölner Interessen in Lübeck beauftragt wurde.

Mit der Tätigkeit von Syndici als Diplomaten und ihrer Rolle im Rahmen der Professionalisierung reichsstädtischer „Außenpolitik“ während der Frühen Neuzeit beschäftigte sich *André Krischer* (Münster). Für das 17. und frühe 18. Jahrhundert ist im Vergleich zu den spätmittelalterlichen Jahrhunderten durch die fortschreitende Institutionalisierung politischer Verhandlungsforen ein merklicher Wandel und eine deutliche Einschränkung der städtischen Handlungsspielräume festzustellen. Dies zeigt etwa die Position, die den Gesandtschaften der Städte in den von der Fürstengesellschaft geprägten höfischen Verhandlungen zukam. Eine zentrale Aufgabe für die Gesandten, die sich sehr viel stärker als in den vorangegangenen Jahrhunderten aus dem Kreis promovierter Juristen rekrutierten, bestand daher nicht zuletzt darin, das Interesse der potentiellen Verhandlungspartner an politischer Interaktion zu wecken. Krischer stellte in diesem Zusammenhang fest, daß sich die juristisch gelehrten Berater nicht nur als Spezialisten für rechtliche und politische Verhandlungsgegenstände zu bewähren hatten, sondern ihre Kompetenz insbesondere auch im Bereich der Formen, in denen dies zu geschehen hatte, beweisen mußten.

Visuelle Medien als „außenpolitisches“ Forum des 16. Jahrhunderts standen im Zentrum des abschließenden Vortrags von *Dorothee Linnemann* (Münster). Besondere Relevanz kam dem Befund zu, daß die Zusammenführung der an der Ständegesellschaft partizipierenden Korporationen und die wachsende Institutionalisierung der zentralen Verhandlungsforen eine „Dynamisierung außenpolitischer (symbolischer) Kommunikation“ nach sich zog. Begünstigt durch die „Medienrevolution“ des 16. Jahrhunderts wuchs neben der Produktion textlicher nun auch verstärkt jene bildlicher Zeugnisse, die sich mit gesandtschaftlichen Aktivitäten beschäftigten. Linnemann wies in diesem Zusammenhang auch auf die zunehmende Visualisierung des rechtlichen und politischen Status der Akteure hin (Sitzordnung des Reichstags, Begrüßungszeremonielle, Vertragsabschlüsse). Für die Untersuchung des bisher von der Forschung nur am Rande beachteten Quellmaterials thematisierte Linnemann zentrale Frageaspekte, wie etwa nach der Entwicklung „einer allgemein verständlichen Bildsprache“ und nach der Existenz bestimmter „Strategien genuin städtischer Repräsentation“, womit sie die eigenständige Bedeutung dieses Quellentyps deutlich aufzeigen konnte.

Zum Abschluß des Workshops lieferte *Martin Kintzinger* (Münster) eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse und Befunde, in welche er zahlreiche weiterführende Aspekte einbrachte und eine Vielzahl von Anregungen für die Diskussion um die Existenz einer spezifisch städtischen „Außenpolitik“ lieferte. Kintzinger betonte hierbei mit Blick auf die in den Titel des Workshops aufgenommenen Zentralbegriffe die auch aus den Vorträgen und Diskussionen hervorgegangene besondere Relevanz des Verhältnisses zwischen

„Außenpolitik“ und „Professionalisierung“, dessen spezieller Untersuchung er für zukünftige Studien zu den städtischen Außenbeziehungen eine erhebliche Bedeutung beimaß.

Durch die zahlreichen Beiträge, die fruchtbaren Diskussionen und den weiteren Meinungs-austausch während des Workshops konnten neue Perspektiven für die Erforschung des lange Zeit vernachlässigten Feldes der städtischen „Außenpolitik“ und des städtischen Gesandtschaftswesens eröffnet werden. Eine Publikation der Tagungsbeiträge wird im Rahmen der Reihe des Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrums Mainz-Trier („Beiträge zu den Historischen Kulturwissenschaften“) erfolgen.

Kathrin Geldermans

Kontakt:

Kathrin Geldermans

Historisch-Kulturwissenschaftliches Forschungszentrum Mainz-Trier

Geschäftsführung Trier

Universität Trier

FB II – Germanistik

Postfach 15

54286 Trier

E-mail: geld201@uni-trier.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2007.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2007, Nr.025

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2007/025-07.pdf>